



Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen). Einen ersten Lösungsvorschlag für den Neubau des Feuerwehrhauses Süd in Nöttingen präsentierte der Architekt Stefan Voigt vom Pforzheimer Büro as Planungsgesellschaft dem Remchinger Gemeinderat. Das Büro, das auch das Kämpfelbacher Feuerwehrhaus plant, hatte sich beim Architektenwettbewerb gegen vier andere durchgesetzt. Der Neubau am Ortseingang von Wilferdingen kommend könnte Voigt zufolge frühestens im Februar 2028 beginnen, da Fachplaner einbezogen werden müssen, was unter anderem wegen der erhofften Zuschüsse nötig sei. Die Bauzeit könnte bis Mitte 2029 andauern. Der Entwurf bietet Platz für vier Fahrzeuge samt Erweiterungsmöglichkeiten, auch für eine mögliche Rettungswache. Eine Fahrzeugbox samt Waschplatz ist durchfahrbar.

Neben Werkstattbereichen und Einsatzlager unten ist im Obergeschoss ein Schulungs- und Jugendfeuerwehrraum geplant sowie eine Übungs- und eine Aufenthaltsterrasse. Obwohl Voigt für die genauere Kostenplanung auf das Frühjahr verwies, fragten Volker Bräuninger (SPD) und Klaus Fingerhut (Grüne) nach seiner Einschätzung und erinnerten an die Wettbewerbsvorgabe aus dem Jahr 2025 von drei Millionen Euro. Voigt stellte sie darauf ein, dass schon alleine aufgrund des verzögerten Baubeginns mit Mehrkosten gegenüber dem Zeitpunkt des Wettbewerbs zu rechnen sei.

Bei einer Enthaltung genehmigten die Räte zudem den Neubau einer Netzersatzanlage für das Feuerwehrhaus Nord in Wilferdingen in Containerbauweise für rund 200.000 Euro. Dieser könnte im Falle eines allgemeinen Stromausfalls die Versorgung des Feuerwehrhauses drei Tage aufrechterhalten. Bei der Planung für das Feuerwehrhaus Süd ist eine solche Anlage bereits vorgesehen.

Hohe Verluste trotz Besucherrekord führen zu Preisanpassungen im Schlossbad

Das Remchinger Schlossbad hat in diesem Jahr hitzebedingt eine Rekordsaison mit insgesamt rund 122.000 Eintritten erreicht, berichtete der stellvertretende Kämmerer Matthias Schüle dem Gemeinderat. Ganze 3.811 Besucher nutzten eine Saisonkarte – 32 Besucher kamen über 100 Mal. An besonders heißen Tagen gab es Einlassstopps wegen drohender

Überfüllung. Das Team zählte fünf Polizeieinsätze, 20 Hausverbote und fünf kritische Badesituationen, die jedoch gut geendet hätten. Circa 150 Kinder, die sich unbeaufsichtigt im oder am Becken aufhielten, brachte das Team zurück zu den Eltern auf die Liegewiese. Die Eintrittsgelder brachten rund 378.000 Euro ein, die Parkgebühren rund 33.000 Euro. Da ein Besitzer sein Wiesenstück nicht mehr verpachtet, muss die Gemeinde den Parkplatz geringfügig neu einteilen.

Trotz der Beliebtheit schließt das Bad aufgrund der Betriebskosten voraussichtlich mit einem Jahresverlust von rund 660.000 Euro ab. Nachdem 2026 keine Erhöhung der Eintrittspreise erfolgt war, stimmte der Gemeinderat für 2027 einer Preisanpassung zu – am deutlichsten bei den Einzelkarten für Erwachsene, die dann sechs statt fünf Euro kosten. Ab 18 Besuchen lohnt sich eine Dauerkarte, die nun 120 Euro kostet. Ermäßigte bezahlen im Einzelpreis künftig drei Euro und für eine Saisonkarte 60 Euro. Neben den Preisen werden auch die Öffnungszeiten angepasst: Das Bad soll künftig einheitlich von 10:00 Uhr bis 20:00 Uhr geöffnet haben, ab September bis 19:00 Uhr. Der Frühbadetag bleibt erhalten.

Der Vorverkauf im Kulturhallenbüro startet Anfang Dezember, das Bad soll am 14. Mai öffnen. Bis dahin soll es barrierefreie Sanitäreinrichtungen sowie ein neues Sonnensegel im Kleinkindbereich geben. Christian Roser stellte für die CDU-Fraktion den Antrag, aus der Bäderkooperation mit Karlsbad und Waldbronn auszutreten, da die Fraktion keinen Mehrwert darin sehe. Darüber berät das Gremium bei der übernächsten Sitzung. Durch die Kooperation konnten Saisonkarteninhaber in den vergangenen Jahren alle drei Bäder besuchen.

Gemeinderat stimmt nach hitziger Debatte gegen Verkauf des Wohnkomplexes „Alter Sportplatz“

Selten stößt ein Beschluss des Remchinger Gemeinderats auf anhaltenden Applaus. Doch gut drei Dutzend anwesenden Bewohnern der gemeindeeigenen Wohnanlage „Alter Sportplatz“ in Wilferdingen war die Erleichterung spürbar anzumerken, als am Donnerstabend die Mehrheit gegen einen Verkauf von vier in den 1990er-Jahren errichteten Wohnblocks an der Ecke Nöttinger und Darmsbacher Straße mit 100 Sozialbauwohnungen stimmte. Vorausgegangen war eine emotionale Debatte mit lebhaften Zwischenrufen.

Warum hatte Remchingen einen Verkauf in Erwägung gezogen? Die Gemeinde, die jüngst den Kinder- und Jugendcampus für rund 14 Millionen Euro gebaut und das Hallenbad mit Turnhalle für rund elf Millionen Euro saniert hat, steht wie alle Kommunen vor finanziellen Herausforderungen. Neben einem Trägerwechsel des Altenpflegeheims, den die Mehrheit der Räte ebenso kritisch sieht, sei die Veräußerung der Gebäude einer von mehreren Punkten, den es zumindest zu prüfen gelte, erläuterte Bürgermeisterin Julia Wieland. Erste Gespräche mit Interessenten ergaben, dass die Gemeinde bei einem Verkauf der Gebäude und Bereitstellung des Grunds auf Erbpacht Gewinne im oberen einstelligen Millionenbereich

erzielen könnte. Dabei betonte Wieland, dass ein Verkauf nur an einen sozialen Träger in Frage komme und die Zuweisung von 30 Wohnungen für die Betreuung durch die Diakoniestation ebenso wie die Nutzung des DRK, die Einmietung des Kindergartens und der Zugriff auf weitere Wohnungen durch die Gemeinde weiterhin vertraglich geregelt werden könne. Darüber hinaus habe die Gemeinde rund hundert weitere Wohnungen in verschiedensten Gebäuden.

Verkauft die Gemeinde nicht, rechnet Bauamtsleiter Markus Becker ersten Schätzungen zufolge mit neun Millionen Euro Sanierungskosten, samt Kreditzinsen mit 14 Millionen Euro, die die Gemeinde in absehbarer Zeit investieren müsste. Nach Abzug der Kosten für die Gemeindeverwaltung und einer externen Hausverwaltung erwirtschaften die Gebäude jährlich jedoch nur 300.000 Euro, nach Abzug von Abschreibungen 120.000 Euro. Notwendige Sanierungen seien über Jahre nicht durchgeführt worden, viele Bäder und Küchen über 30 Jahre alt, einige Balkone beschädigt, Fenster verzogen, Äste in Abwasserrohre eingewachsen und die Heizung kurz vor dem Kollaps: „Wenn sie heute ausfällt, reden wir von einer umfassenden energetischen Sanierung“, so Becker.

„Wenn morgen die Heizung kaputt geht, wird eine neue rein gemacht“, plädierte Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung) für eine schrittweise Sanierung, die auch günstiger möglich sei. Er forderte eine klare Entscheidung: „Ja oder Nein und nicht so lange rummachen wie beim Altenheim – sonst sind die Bewohner verunsichert.“ Auch sein Fraktionskollege Alexander Schwenk sah den Zustand weniger schlimm als dargestellt. Anders sah das Christian Roser (CDU): „Ob die Sanierung sechs, neun oder zwölf Millionen kostet – wir haben nicht eine einzige Million und verzeichnen stattdessen neun Millionen Minus im nächsten Haushalt.“ Er sah die Vorlage nicht ausreichend für eine Abstimmung und beantragte eine Vertagung. Dafür stimmten acht Räte – elf dagegen, zwei enthielten sich.

Käufer hätten dieselben Sanierungsprobleme und müssten die Miete drastisch erhöhen, um zusätzlich den Kaufpreis zu refinanzieren, vermuteten Klaus Fingerhut (Grüne), Wolfgang Oechsle (Bürgerliste) und Hans Zachmann (CDU). „Bevor wir diese Häuser verkaufen, haben wir auch noch die drei alten Rathäuser“, führte Fingerhut an. Maria Scrofan (CDU), Ute Praefcke (BL) und Gabriele Ullrich (Grüne) unterstrichen die Wichtigkeit von bezahlbarem Wohnraum in Gemeindehand. Oechsle erinnerte, wie die Gemeinde die Wohnblocks mit hohen Kreiszuschüssen errichtet hatte. Er präsentierte ein Konzept, wie die Sanierung wirtschaftlich erfolgen könne. Dazu habe er selbst die Bereitschaft der Mieter erfragt, zunächst anstatt sieben acht Euro Miete pro Quadratmeter zu bezahlen: „Zu verkaufen wäre die größte Dummheit.“ Zwar zweifelten die anderen Räte an einer gar zu einfachen Lösung – Andreas Beier (SPD) warnte jedoch auch, den Mietern Signale zu geben, dass in Gemeindehand eine Sanierung ohne Mieterhöhung möglich ist. Mit 15 Nein-Stimmen und sieben

Enthaltungen, großteils der CDU, lehnte der Rat den Verkauf ab und gab das Signal für einen Sanierungsfahrplan.

Remchingen beschafft digitale Wasserzähler

Einstimmig beschloss der Remchinger Gemeinderat die Beschaffung von digitalen Wasserzählern und eines dafür benötigten LoRaWAN-Funknetzwerks über die Netze BW. Diese sollen in den kommenden sechs Jahren schrittweise an allen rund 3.700 Stellen verbaut werden. Zuvor hatten mehrere anwesende Bürger nachgefragt, welche Auswirkungen der Zählerwechsel auf den Wasserpreis hätten. Bauamtsleiter Markus Becker informierte daraufhin, dass die einzelnen Zähler zwar teurer, aber eine Eichverlängerung auf zwölf Jahre möglich sei. Neben dem Wegfall des manuellen Ablesens durch die Bürger – bis auf nicht genügend vom Funknetz abgedeckte Ausnahmen – habe die Gemeinde weniger Aufwand beim Auswerten und könne vor allem Leckagen schnell erkennen. Prinzipiell könne die Gemeinde dann auch die Bürger über mögliche Leitungsschäden in ihren Häusern informieren: „Jeder Wasserrohrbruch, den wir fünf Stunden früher erkennen, spart eine Menge Geld.“

Mit 20 Ja-Stimmen und zwei Ablehnungen stimmte der Gemeinderat außerdem einer neuen Geschäftsordnung zu, die künftig der Verwaltung den Einsatz einer KI-gestützten Protokollierung erlaubt. Das System, das die Gemeinde jährlich rund 1.100 Euro kostet, spare rund 50 Arbeitsstunden pro Jahr ein.

Julian Zachmann